

**Niederschrift**  
**über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum**  
**am 30.03.2017**

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr Bielefeld,  
Löschabteilung Gadderbaum/Bethel, Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

**Anwesend:**

Vorsitz

Herr Kögler stellv. Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Maler anwesend ab 17:10 Uhr, TOP 8  
Herr Weigert Fraktionsvorsitzender anwesend ab 17:05 Uhr, TOP 1.1

SPD

Frau Gerdes  
Herr Heimbeck Fraktionsvorsitzender  
Frau Schneider

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Althoff  
Herr Brunnert Fraktionsvorsitzender  
Frau Herting

BfB

Herr Witte

FDP

Herr Spilker anwesend ab 17:05 Uhr, TOP1.1

**Entschuldigt fehlen:**

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Pfaff Bezirksbürgermeisterin  
Frau Metten-Raterink  
Frau Osei

**Nicht anwesend:**

DIE LINKE

Frau Thiel-Youssef

**Externe Gäste/Von der Verwaltung:**

Frau Hünneke, Berufsbildungswerk Bethel

Herr Kuhnke, Fa. Oetker

Herr Monitillo, Künstler

Herr Müller, Ortschaftsreferat Bethel

Auszubildende des Berufsbildungswerks Bethel

Herr Dr. Witthaus, Beigeordneter Schule/Bürger/Kultur

Herr Hovermann, Amt für Verkehr

Frau Schallock, Amt für Demographie und Statistik

Frau Trüggelmann, Bezirksamt Brackwede

Frau Imkamp, Bezirksamt Brackwede, Schriftführerin

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Herr stellv. Bezirksbürgermeister Kögler begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung zur heutigen 26. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum form- und fristgerecht erfolgt und die Bezirksvertretung beschlussfähig sei.

**Änderung der Tagesordnung**

Da verschiedene Berichterstatter termingebunden seien, ergeht auf Vorschlag von Herrn Kögler folgender

**Beschluss:**

**Tagesordnungspunkte werden vorgezogen, sobald die Berichterstatter anwesend sind.**

-einstimmig beschlossen-

Darüber hinaus liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

---

**Zu Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum**

**Zu Punkt 1.1** **Aufstellen von Fußballtoren am Spielplatz Reepeweg - Antwort auf die Frage vom 02.03.2017**

Frage in der letzten Sitzung vom 02.03.2017:

*Können auf dem Spielplatz am Reepeweg (zwischen den Straßen Hohe Luft und Reepeweg) fest installierte Fußballtore aufgestellt werden?*

Frau Trüggelmann teilt dazu mit, dass der Umweltbetrieb grundsätzlich Tore aufstellen könnte, wenn sich die Bezirksvertretung mit den bezirklichen Mitteln für die Grünunterhaltung beteiligen würde. Zurzeit prüfe nun aber das Umweltamt, inwiefern dies auch immissionsschutzrechtlich zulässig sei, da es für sog. Bolzplätze gesonderte Bestimmungen gebe. Mit einer endgültigen Antwort könne zur nächsten Sitzung am 11.05.2017 gerechnet werden. Die Fragestellerin sei bereits telefonisch über diesen Zwischenstand in Kenntnis gesetzt worden.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 2**      **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 24. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 02.03.2017**

Herr Brunnert merkt zu Punkt 9, Seite 12 der Niederschrift, 3. Absatz, an, dass er nicht weitere Erdarbeiten „in diesem Bereich“ als überflüssig erachte; seine Kritik hätte sich lediglich auf Erdarbeiten im Bereich des neu geplanten Kinderspielplatzes bezogen.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

**Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 24. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 02.03.2017 wird unter Berücksichtigung der Anmerkung von Herrn Brunnert nach Form und Inhalt genehmigt.**

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

**Zu Punkt 3**      **Mitteilungen**

*(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde vorgezogen und nach TOP 8 behandelt; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)*

**Sekundarschule Bethel – Vertrag mit dem Schulträger zur Weiterführung der Schule**

Herr Dr. Witthaus verweist auf die vorliegende Vorlage (Drs.-Nr. 4538/2014-2020) und erläutert kurz die wesentlichen Eckpunkte: Die v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel würden die Fortführung der Sekundarschule Bethel in Kooperation mit dem Öffentlich-Stiftischen Gymnasium Bethel und deren bauliche Erweiterung/Sanierung zusichern. Dies geschehe ab dem Schuljahr 2017/2018 zunächst noch dreizügig und ab dem Schuljahr 2018/2019 dann auf Dauer zweizügig. Die Stadt Bielefeld beteilige sich mit einer Zuwendung in Höhe von 50 % (max. 3,8 Mio. Euro) an den Investitionskosten. Zudem werde den v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel zugesichert, dass sich die vertraglich für eine Dauer von zehn Jahren vereinbarten Bedingungen der laufenden städtischen Zuschüsse zur Aufbringung des Eigenanteils der Schulen Bethel bis einschließlich Schuljahr 2026/27 nicht zum wirtschaftlichen Nachteil der Stiftungen verändern würden. Insofern verzichte die Stadt auf die Ausübung des vertraglich vereinbarten Kündigungsrechts mit jährlicher Kündigungsfrist zum Schuljahresende. Insgesamt hätten die Verhandlungen zu einem guten Ergebnis geführt, was sich in einem für beide Seiten zufriedenstellenden Vertragsentwurf widerspiegeln würde.

Frau Trüggelmann verliest die nachfolgenden Mitteilungen:

**Information zur aktuellen Verkehrssituation in Bielefeld (Quellenhofweg)**

Das Amt für Verkehr teilt mit, dass der Quellenhofweg am Samstag, dem 01.04.2017, in der Zeit von 07:30 Uhr bis voraussichtlich 10:00 Uhr zwischen Haus Nummer 90 und Haus Nummer 125 (auf Höhe des geplanten Gnadenhofes) voll gesperrt werde. Der Grund seien anstehende Baumfällarbeiten im Bereich der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Diese erfolgten aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht. Auch Fußgänger könnten während der Fällung den Bereich nicht passieren und müssten sich dann auf eine gewisse Wartezeit einstellen. Der Buslinienverkehr werde ab 10:00 Uhr planmäßig durchgeführt.

**Überprüfung des Lönswegs im Hinblick auf Durchfahrbreiten für die Feuerwehr und Müllfahrzeuge des Umweltbetriebs**

Aufgrund von Problemen des Umweltbetriebes bei den Touren der Müllfahrzeuge im Lönsweg, die durch parkende Fahrzeuge öfters nicht durchfahren konnten, habe das Amt für Verkehr den Lönsweg überprüft.

Grundsätzlich handele es sich um eine Einbahnstraße, die nach dem Prinzip der sanften Separation gestaltet sei, d.h., es gibt dort keine Gehwege und die gesamte Fläche ist höhengleich aus Betonsteinpflaster in verschiedenen Farbtönen gestaltet. Die Fahrbahnbreiten variierten zwischen 4,85 m – 5,10 m.

Gem. § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO sei das Halten unzulässig an engen und unübersichtlichen Straßenstellen. Als „eng“ gelte eine Straße, deren Breite weniger als 3,05 m betrage. Dies sei das Mindestmaß, um auch Fahrzeugen mit einer größtmöglichen zugelassenen Breite von 2,55 m (z. B. Feuerwehrfahrzeugen) die Durchfahrt (unter Berücksichtigung eines beidseitigen Sicherheitsabstands von 0,25m) zu ermöglichen. Für parkende Fahrzeuge werde pauschal eine Breite von 2,00 m angesetzt, so dass bei einer Straßenbreite unter 5,05 m von einem gesetzlichen Haltverbot auszugehen sei.

Die Anwohner hätten überwiegend eigene Garagen und Stellplätze auf ihren Grundstücken. Es werde aber auch am rechten Fahrbahnrand geparkt, so dass in der Straße teilweise nicht genügend Restfahrbahnbreite verbleibe. Für Verkehrsteilnehmer sei jedoch nicht offensichtlich erkennbar, dass es sich um eine enge Straße handele, in der bei einem Abstellen eines normal/üblich breiten PKW keine Durchfahrbreite von 3,05 m verbleiben würde. Der Sichtbarkeitsgrundsatz der Verkehrsregelung werde daher im Lönsweg nicht erfüllt. Es sei daher zu prüfen gewesen, ob ein absolutes Haltverbot zur Verdeutlichung

anzuordnen sei.

Die Straßenverkehrsbehörde habe neben der Polizei und dem Straßenbaulastträger auch die Feuerwehr zu benötigten Durchfahrbreiten und der Anordnung eines Haltverbotes angehört.

Die Prüfung habe ergeben, dass im Lönsweg ab Höhe Haus-Nr. 8 beidseitig ein absolutes Haltverbot zwingend anzuordnen sei.

### **Jahresempfang des Stadtbezirks Gadderbaum**

Herr Kögler kündigt an, dass der diesjährige Jahresempfang am 02.05.2017 in der Neuen Schmiede stattfinden werde.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

#### **Zu Punkt 4 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

#### **Zu Punkt 5 Anträge**

Außer dem Antrag der Einzelvertreterin von DIE LINKE zu den Öffnungszeiten der Bürgerberatungsfiliale in Gadderbaum, der unter TOP 8.1 behandelt wird, liegen keine Anträge vor.

---

#### **Zu Punkt 6 Aktueller Planungsstand Friedrich-List-Straße**

*(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt wurde behandelt nach TOP 8; Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)*

Herr Kögler begrüßt Herrn Kuhnke, Fa. Oetker, und Herrn Hovermann, Amt für Verkehr, als Berichterstatter zu diesem Tagesordnungspunkt. Herr Kuhnke führt kurz anhand von Grafiken in den aktuellen Stand des Ausbaus der Friedrich-List-Straße ein – wesentlichste Änderung im Vergleich zu den damaligen Planungen sei der Wegfall des LKW-Standplatzes im oberen Bereich der Straße. Stattdessen sei dort nun eine Grünfläche angelegt worden. Damit gehe insbesondere weniger Gefährdungspotential für Kinder einher, da diese im Zweifel besser sehen und gesehen werden würden.

Herr Spilker merkt bezüglich über Nacht parkender LKW an, dass sich

vermehrt Anwohnerinnen und Anwohner beschwert hätten, dass diese an der Straße mit laufendem Generator parken würden, was zu Lärmbelästigungen führen würde.

Herr Kuhnke betont, dass die Werkstore täglich von 06:00 – 22:00 Uhr geöffnet seien und auf dem Firmengelände entsprechende Räumlichkeiten wie Dusch-, Ruhe- und Sozialräume für die Fahrer vorgehalten würden. Unabhängig davon nehme er diese Anmerkung selbstverständlich auf und werde externe Logistikunternehmen nochmals gezielt ansprechen, um solche Situationen zukünftig zu vermeiden.

Herr Brunnert greift den in den letzten Monaten oft angesprochenen Aspekt der Schulwegsicherheit auf, und stellt fest, dass die Situation für Schulkinder nach Abschluss der Bauarbeiten nunmehr wesentlich sicherer sei. Bedauerlich sei nach wie vor, dass der Gehweg letztlich weniger breit ausgebaut worden sei, als ursprünglich seitens des Amtes für Verkehr geplant. Er regt deswegen an, „Trittsteine“ zwischen dem Gehweg entlang der Friedrich-List-Straße und dem Zaun, der das Firmengelände umgibt, anzulegen, damit die Kinder diese spielerisch nutzen könnten, so dass sie sich weiter von Straße und den dort fahrenden Autos entfernt aufhalten würden.

Herr Kuhnke erinnert diesbezüglich daran, dass die Fa. Oetker unentgeltlich einen Teil ihres Grundstückes an die Stadt Bielefeld abgetreten habe, damit die Friedrich-List-Straße entsprechend ausgebaut werden konnte. Grundsätzlich könne man allerdings sicherlich gemeinsam überlegen, inwiefern der Schulweg in diesem Bereich attraktiver und vor allem noch sicherer gestaltet werden könnte.

Auf Nachfrage von Frau Herting beziffert Herr Kuhnke das durchschnittliche LKW-Aufkommen mit ca. 60 Fahrzeugen, die täglich ein- und ausfahren würden.

Herr Witte fragt, ob es möglich sei, eine Art Signalanlage im Bereich der Ein- bzw. Ausfahrt zum Firmengelände zu installieren, um die Fahrer der LKW auf ggf. kreuzende Fußgängerinnen und Fußgänger, insbesondere Schulkinder, aufmerksam zu machen.

Dazu merkt Herr Kuhnke an, dass der Fußgängerüberweg bereits farblich abgesetzt worden sei, um auf die Quermöglichkeit aufmerksam zu machen. In diesem Zusammenhang weist er auch darauf hin, dass dort früher der Marktkauf positioniert gewesen sei und täglich bis zu 14.000 Fahrzeuge die Friedrich-List-Straße passiert hätten. Insofern hätte sich die verkehrliche Lage bereits deutlich verbessert.

Herr Spilker erkundigt sich nach einer Idee, die während der Planungsphase im Raum gestanden habe und fragt, ob die Einfahrt der LKW nicht über die Friedrich-List-Straße und die Ausfahrt über die Blücherstraße möglich wäre.

Hierzu erklärt Herr Kuhnke, dass die Ein- und Ausfahrt aus Sicherheitsaspekten über dasselbe Tor erfolgen solle. Nur so könne verlässlich kontrolliert werden, wer sich auf dem Firmengelände befinde.

Herr Spilker verweist anschließend auf den Vermerk über die projektbezogene Sitzung „Verkehr“ vom 22.03.2017 und ergänzt dazu, dass auch die Eignung als offizieller Schulweg der vom Bolbrinker zur Artur-Ladebeck-Str. führenden Sackgasse zu prüfen sei; insbesondere in Bezug auf Bürgersteigbreiten, ein- und ausfahrenden Begegnungsverkehr sowie Unfallgefahr durch aus Brackwede kommenden Fahrradverkehr auf Fahrradweg/Bürgersteig.

Herr Hovermann geht daraufhin ebenfalls nochmals kurz auf die Besprechung vom 22.02.2017 ein und fasst zusammen, dass die Einrichtung eines absoluten Halteverbots im oberen Bereich der Friedrich-List-Straße sicherlich die zum jetzigen Zeitpunkt effektivste kurzfristige Lösung wäre, um die Sicherheit für Kinder auf dem Schulweg zu erhöhen.

Sodann ergeht folgender

**Beschluss:**

1. Die Bezirksvertretung Gadderbaum beauftragt die Fachverwaltung ein absolutes Halteverbot im oberen Bereich der Friedrich-List-Straße anzuordnen, um die Sichtbeziehungen für Schulkinder zu verbessern.
  
2. In diesem Zusammenhang bittet die Bezirksvertretung Gadderbaum die Fachverwaltung um Prüfung, inwiefern eine Verlagerung der Parkflächen an der Friedrich-List-Straße auf eine bisher vom ISB vorgehaltene Freifläche am Bolbrinkersweg möglich ist.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 7**

**Demographiebericht 2016**

Frau Schallock, Amt für Demographie und Statistik, stellt anhand einer Präsentation den aktuellen Demographiebericht 2016 der Stadt Bielefeld vor (*Anmerkung der Schriftführerin: Diese ist im elektronischen Informationssystem der Stadt Bielefeld zu diesem Punkt hinterlegt*) und geht dabei insbesondere auf den Stadtbezirk Gadderbaum ein.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

**Zu Punkt 8 Erfahrungsbericht zur Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der Bürgerberatung zum 1. Januar 2016**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4447/2014-2020

*(Anmerkung der Schriftführerin: Dieser Punkt ist nach TOP 1.1 behandelt worden, Beschlussfassung s. „Vor Eintritt in die Tagesordnung“.)*

Herr Kögler begrüßt Herrn Beigeordneten Dr. Witthaus als Berichterstatter zu diesem Punkt und verweist auf die mit der Einladung versandte Informationsvorlage der Verwaltung. Darüber hinaus liege dazu unter TOP 8.1 noch ein entsprechender Antrag der Einzelvertreterin der Partei DIE LINKE vor.

Herr Dr. Witthaus stellt sodann den Erfahrungsbericht zur Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen in der Bürgerberatung vor und geht insbesondere auf die Erfahrungen auf Grund des veränderten Öffnungszeitenkonzeptes ein. Die Fallzahlen in Gadderbaum hätten sich bei gleichzeitiger Verringerung der Öffnungszeiten um 75 % um ca. 52 % reduziert. Mittlerweile finde dort eine durchgehende Bedienung von Kundinnen und Kunden statt; Leerlaufzeiten mit bedienungsfreien Intervallen seien praktisch kaum noch gegeben. Dies erkläre, weshalb die Fallzahlen im Vergleich zu den Öffnungszeiten deutlich geringer gesunken seien. Bezüglich der Entwicklung der Wartezeiten führt Herr Dr. Witthaus an, dass Wartezeiten bis zu 15 min für die Kundin/den Kunden das erklärte Ziel der Verwaltung seien. Die Untersuchung habe allerdings gezeigt, dass grundsätzlich ein Steuerungsproblem vorliege, das im nicht planbaren Kundenaufkommen läge. In größeren Filialen lasse sich dies durch eine größere Mitarbeiterzahl und durch einen Personaleinsatz, der auf Erfahrungswerten beruhe, leichter ausgleichen. In den Ein-Personen-Filialen sei ein solcher Ausgleich leider unmöglich. Zusammenfassend könne man aber festhalten, dass sich das zum 01.01.2016 eingeführte Öffnungszeitenkonzept aus Sicht der Verwaltung bewährt habe, weshalb die aktuellen Öffnungszeiten beibehalten würden. Dennoch gebe es seitens des Bürgeramtes weitere Überlegungen, um die angesprochenen Problemstellungen besser in den Griff zu bekommen:

- Einführung von Terminvereinbarungen  
Am Standort Mitte sollten mit dem Wiedereinzug in die renovierten Räumlichkeiten im Neuen Rathaus ab dem 01.07.2017 Terminvereinbarungen eingeführt werden. Dieses Angebot solle zunächst nur dort eingeführt werden, da eine Kombination von festen Terminen und freien Vorsprachen in den Ein-Personen-Filialen voraussichtlich nicht möglich sei.
- Installation von Aufrufanlagen  
Insbesondere aus den Ein-Personen-Filialen sei das Thema „Wartegerechtigkeit“ angesprochen worden, weshalb nun Nummernaufrufsysteme an den Standorten Brake, Dornberg, Hillegossen, Gadderbaum und Schildesche installiert werden

sollten. Die Beschaffung und Umsetzung solle in der zweiten Jahreshälfte 2017 erfolgen.

- Ausweitung des Angebotes an Warteplätzen  
In einzelnen Bezirken sei die Zahl der vorhandenen Sitzplätze als unzureichend kritisiert worden. In Einzelfällen werde die Verwaltung zusätzliche Sitzmöglichkeiten anbieten, soweit dies räumlich umsetzbar sei.
- Ausweitung von Online-Angeboten  
Der Aufgabenbereich des Bürgeramtes biete grundsätzlich Möglichkeiten, Dienste auch online für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen (beispielsweise das Ausstellen von Meldebescheinigungen, private Melderegisterauskünfte, Bewohnerparkausweise etc.). Dies setze allerdings einfach zu nutzende elektronische Bezahlungsmöglichkeiten voraus. Hier habe der IBB ein entsprechendes Konzept für ein ePayment-System erarbeitet, das voraussichtlich ab Herbst 2017 umgesetzt werden könne. Durch die Ausweitung des Online-Angebotes erhoffe sich die Verwaltung positive Auswirkungen auf die Wartezeiten in den Bürgerberatungsfilialen.

Herr Heimbeck erinnert daran, dass die Reduzierung der Öffnungszeiten der Bürgerberatungsfiliale eine ursprüngliche Haushaltskonsolidierungsmaßnahme gewesen sei und das eigentliche Ziel der Verwaltung, die Reduzierung von Kosten durch Stelleneinsparungen, erfolgreich umgesetzt worden sei. Dennoch müsse man insbesondere im Stadtbezirk Gadderbaum die Besonderheiten der Ortschaft Bethel beachten und führt als Beispiel an, dass einige Bewohnerinnen und Bewohner der ansässigen Häuser und Kliniken im Zweifel das geplante Online-Angebot gar nicht nutzen könnten. Gerade hier sei man auf ein verlässliches Angebot vor Ort in der Bürgerberatungsfiliale -mit ausreichenden Öffnungszeiten- angewiesen.

Auch Herr Brunnert stellt fest, dass die Reduzierung der Öffnungszeiten in den Bürgerberatungen durch Personalkosteneinsparungen bedingt sei – leider würde dieser Umstand nunmehr auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen. Diese müssten jetzt teilweise längere Wegstrecken zurücklegen, weil auf alternative Standorte ausgewichen würde, und zudem müssten sie längere Wartezeiten in Kauf nehmen. Er äußert sein Unverständnis darüber, warum die Kosten nicht in Bereichen hätten eingespart werden können, die weniger publikumsintensiv seien bzw. wo es nicht unmittelbare Auswirkungen auf die Einwohnerinnen und Einwohner Bielefelds hätte.

Herr Althoff regt bezüglich der geplanten Einführung von Terminvergaben an, dass diese nicht nur telefonisch, sondern auch über eine entsprechende Funktion im Internet über [bielefeld.de](http://bielefeld.de) elektronisch vereinbart werden sollten. Darüber hinaus erachte er die derzeitigen Öffnungszeiten in der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum als sehr ungünstig und fragt in diesem Zusammenhang, ob zumindest diese

nunmehr in der jetzigen Form erhalten blieben. Er äußert die Befürchtung, dass die Filiale in der Zukunft komplett geschlossen werden könnte, wenn immer mehr Kundinnen und Kunden wegen der „schlechten Öffnungszeiten“ auf andere Standorte ausweichen würden.

Herr Dr. Witthaus unterstreicht, dass die aktuellen Öffnungszeiten zum jetzigen Stand unverändert erhalten blieben.

Herr Witte hinterfragt die Konsolidierungssumme in Höhe von 175.500 Euro und zweifelt, dass diese Summe tatsächlich konkret eingespart worden sei. Darüber hinaus äußert er Bedenken wegen der wegfallenden Stellen und wegen einer möglichen Arbeitsverdichtung in den größeren Filialen beispielsweise in Heepen und Brackwede und erkundigt sich, ob dort dann mehr Personal vorgehalten werden müsste.

Herr Dr. Witthaus verweist bezüglich der Kosteneinsparung auf den Haushaltsplan und hier insbesondere auf den Stellenplan des Bürgeramtes, der um 3,9 Stellen reduziert worden sei. Diese Stelleneinsparung ergebe eine Summe in Höhe von 175.500 Euro. Diese Stellen seien im Rahmen üblicher Fluktuation eingespart worden und dann nicht mehr nachbesetzt worden. Zu einer möglichen Arbeitsverdichtung führt Herr Dr. Witthaus an, dass es in der Vergangenheit auch zeitweise Phasen während der täglichen Öffnungszeiten in den Bürgerberatungsfilialen gegeben habe, in denen wenig Kundinnen und Kunden vorgesprochen hätten. Zudem hätte für die Ein-Person-Filialen Hintergrundpersonal (Urlaubs- oder Krankheitsvertretung) vorgehalten werden müssen, was jetzt durch die verminderten Öffnungszeiten deutlich reduziert hätte werden können. Eine Arbeitsverdichtung sei folglich nicht zu erwarten.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-

## **Zu Punkt 8.1 Verlängerung der Öffnungszeiten in der Bürgerberatungsfiliale Gadderbaum**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4030/2014-2020

Antragstext:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet den Oberbürgermeister die Öffnungszeiten der Bürgerberatung in Gadderbaum zu verlängern.*

**Da Frau Thiel-Youssef in der heutigen Sitzung nicht anwesend ist, einigt sich die Bezirksvertretung übereinstimmend darauf, den Antrag zu vertagen.**

-.-.-

## **Zu Punkt 9      Information über das Bauprogramm 2017 - 2018**

### Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4417/2014-2020

Herr Kögler verweist auf die mit den Sitzungsunterlagen versandte Informationsvorlage.

Herr Brunnert bittet um nähere Informationen zu der Maßnahme „Am Botanischen Garten“ und merkt in diesem Zusammenhang an, dass es früher stets sog. Prioritätenlisten zu möglichen Baumaßnahmen gegeben hätte, die in der Bezirksvertretung beschlossen worden seien.

*(Anmerkung der Schriftführerin: Das Amt für Verkehr teilt dazu mit, dass derzeit die Planung für die o.g. Baumaßnahme „Am Botanischen Garten“ vorbereitet werde. Vorlaufend zum Bau werde der Bezirksvertretung die Beschlussvorlage zum Ausbaustandard vorgestellt. Die Maßnahme sei außerdem in der Prioritätenliste des Stadtbezirks Gadderbaum in alphabetischer Listung aufgeführt.)*

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

---

## **Zu Punkt 10      Verwendung der bezirklichen Kulturmittel in 2017**

Frau Imkamp weist darauf hin, dass insgesamt bezirkliche Kulturmittel in Höhe von 2.835 Euro für das Jahr 2017 zur Verfügung stünden.

Entsprechend den vorhergehenden Beratungen in den letzten Sitzungen und analog der Vorjahre ergeht auf Vorschlag von Herrn Kögler folgender

### **Beschluss:**

**Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt aus den bezirklichen Kulturmitteln des Jahres 2017 einen Zuschuss**

- für die Veranstaltung „Musik auf dem Bethelplatz“ am 16.09.2017 in Höhe von 1.000 Euro und
- für den Pella-Film-Club im Begegnungszentrum Pellahöhe in Höhe von 500 Euro.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 11**      **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der  
Verwaltung zum Sachstand**

**Zu Punkt 11.1**    **Installation von "Anlehnern" an der Stadtbahnhaltestelle  
Friedrich-List-Straße**

Beschluss vom 02.03.2017:

*Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die moBiel GmbH an der Stadtbahnhaltestelle Friedrich-List-Straße der Linie 1 einen sog. „Anlehner“ beidseitig aufzustellen.*

Frau Trüggelmann teilt dazu mit:

Eine Installation von "Anlehnern" an der Stadtbahnhaltestelle Friedrich-List-Straße unter dem Dach sei nicht möglich. Die moBiel GmbH habe sich aber versuchsweise entschlossen, auf dem Hochbahnsteig pro Seite drei Sitzplätze unter dem Dach zu installieren.

Falls die Sitzmöglichkeiten wieder zu der alten Situation führen sollten, dass an der Haltestelle Trinkgelage usw. stattfinden, behalte man sich allerdings vor, die Sitze wieder zu entfernen. Die Installation werde in den nächsten Wochen erfolgen.

**Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.**

-.-.-